

Brüssel, den 14.12.2015
C(2015) 8957 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.12.2015

**über ein Pilotprojekt für die Demokratische Republik Kongo zulasten des
Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 14.12.2015

über ein Pilotprojekt für die Demokratische Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates¹, insbesondere auf Artikel 54 Absatz 2 und Artikel 84 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für den Zeitraum 2014-2020² angenommen, in dem unter Punkt 3.3 die Stärkung der Regierungsführung und der Rechtsstaatlichkeit als Schwerpunktsektoren genannt werden. Spezifische Ziele im Rahmen der Komponente „Justiz“ sind „die verstärkte Bekämpfung von Straflosigkeit und schweren Menschenrechtsverletzungen“.
- (2) Die Kommission orientiert sich an dem Strategiepapier für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung 2015-2020, in dem die mittelfristige Entwicklungspolitik festgelegt ist und in dem die „Stärkung der Regierungsführung und die Konsolidierung des Friedens“ als zentrale Elemente genannt werden.
- (3) Die Kommission unterstützt die Verpflichtungen, die zur Umsetzung des 2013 in Addis Abeba unterzeichneten Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region eingegangen wurden. Dabei kommt der Reform des Justizsektors, zu deren Prioritäten auch der Kampf gegen die Nichtahndung schwerer Straftaten, die Reform der Justizverwaltung und die Reform des Strafvollzugs gehören, besondere Bedeutung zu.
- (4) Im Rahmen der Politik der Union zur Förderung der Übergangsjustiz und der Bekämpfung der Nichtahndung schwerer Straftaten ist in dem *Gemeinsamen EU-Arbeitsdokument über die Förderung des Komplementaritätsprinzips* vom 31. Januar 2013³ als Ziel festgelegt, die Lücke zwischen der internationalen und nationalen Strafjustiz bei der Ahndung schwerer Straftaten zu schließen. Zudem sehen der *Strategische Rahmen der EU zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie*⁴ und der entsprechende Aktionsplan 2015-2019 mit dem Titel „*Bekräftigung der Menschenrechte als Kernstück der EU-Agenda*“⁵ u. a. Folgendes vor: Unterstützung der nationalen Justizsysteme, Förderung der Menschenrechte und der Übergangsjustiz

¹ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

² Beschlusses C(2014) 3904 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Annahme des Nationalen Richtprogramms für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Republik Kongo.

³ SWD(2013)26.

⁴ Luxemburg, 25. Juni 2012 11855/12.

⁵ JOIN(2015) 16.

durch die EU, Stärkung der Kapazitäten der lokalen Zivilgesellschaft in diesen Bereichen und Unterstützung regionaler und internationaler Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte.

- (5) Im Einklang mit der allgemeinen Politik der Union im Bereich der Übergangsjustiz geht die Kommission verstärkt gegen die Nichtahndung schwerer Straftaten in der Demokratischen Republik Kongo vor. Mit der vorgeschlagenen Maßnahme will die Kommission besonders innovative Pilotmaßnahmen im Bereich der internationalen Strafjustiz unterstützen. Diese Initiativen sollen zu einem späteren Zeitpunkt in das Programm zur Unterstützung des Justizsektors integriert werden, das aus dem 11. Europäischen Entwicklungsfonds finanziert wird.
- (6) Die vorgeschlagene Maßnahme mit der Bezeichnung „Förderung des Zugangs zu Justiz und Wiedergutmachung für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in der Demokratischen Republik Kongo“ soll dafür sorgen, dass Opfer schwerer Straftaten vor kongolesischen Gerichten und auf Ebene regionaler und internationaler Mechanismen Zugang zur Justiz erhalten, um die Strafverfolgung der Täter und die Wiedergutmachung von Schäden zu gewährleisten. Mit der Maßnahme werden drei spezifische Ziele verfolgt: Unterstützung der Zivilgerichtsbarkeit bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten im Bereich der Ahndung schwerer Straftaten, Unterstützung von Anwälten bei der Vertretung von Opfern schwerer Straftaten vor nationalen Gerichten und regionalen und internationalen Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte, damit die Opfer zu ihrem Recht kommen und Entschädigungen erhalten, Unterstützung lokaler Nichtregierungsorganisationen bei der Dokumentation und Erfassung von schweren Straftaten, damit die Opfer effektiven Zugang zur Justiz erhalten. Außerdem sollen die NRO die Opferdossiers unter den Aspekten Information, Entschädigung und Schutz begleiten.
- (7) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission⁶ erlassen werden.
- (8) Den in diesem Beschluss genannten Einrichtungen sollten – vorbehaltlich des Abschlusses einer Übertragungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen werden. Der zuständige Anweisungsbefugte hat sich im Einklang mit Artikel 60 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 zu vergewissern, dass diese Einrichtungen ein Niveau des Schutzes der finanziellen Interessen der Union gewährleisten, das dem für die Verwaltung von Unionsmitteln durch die Kommission erforderlichen Niveau entspricht. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen wird derzeit der Bewertung nach Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 unterzogen. Unter Vorwegnahme der Ergebnisse dieser Bewertung vertritt der zuständige Anweisungsbefugte die Auffassung, dass dieser Einrichtung aufgrund der positiven Bewertung nach der vormals geltenden Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates⁷ und der langjährigen reibungslosen Zusammenarbeit Haushaltsvollzugsaufgaben übertragen werden können.

⁶ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

⁷ Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

- (9) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und Artikel 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 vorzusehen.
- (10) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme des Pilotprojekts

Das im Anhang beschriebene Pilotprojekt für die Demokratische Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union wird genehmigt.

Das Pilotprojekt umfasst die Maßnahme „Förderung des Zugangs zu Justiz und Wiedergutmachung für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in der Demokratischen Republik Kongo“.

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

Der Höchstbeitrag der Europäischen Union für die Durchführung des in Artikel 1 genannten Pilotprojekts beläuft sich auf 790 000 EUR zulasten der Haushaltslinie 21 02 77 23 des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2015.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur durchgeführt werden, wenn die im Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Union für 2016 vorgesehenen Mittel infolge des Erlasses des Gesamthaushaltsplans für 2016 durch die Haushaltsbehörde in voller Höhe oder nach der Regelung der vorläufigen Zwölfstel teilweise bereitgestellt werden.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Die Haushaltsvollzungsaufgaben können im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung der im Anhang genannten Einrichtung übertragen werden.

Die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlichen Elemente sind im Anhang dieses Beschlusses aufgeführt.

Artikel 4

Nicht substantielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie

Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substantiell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substantiellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 14.12.2015

*Für die Kommission
Neven MIMICA
Mitglied der Kommission*